

Antrag

**der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

Ein Jahr nach dem 7. Oktober 2023: Solidarität mit Israel – Schutz des jüdischen Lebens in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass er die abscheulichen Angriffe der Terrororganisation Hamas auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023, bei denen hunderte unschuldige Zivilisten getötet, vergewaltigt, verletzt und als Geiseln verschleppt wurden, als brutalen und menschenverachtenden Akt der Barbarei auf das Schärfste verurteilt und das Leid der Opfer und ihrer Angehörigen nicht vergessen wird;
2. dass er Israel seine volle Solidarität erklärt und Israel das völkerrechtlich verbiefte Recht hat, sich gegen die terroristischen Angriffe der Hamas, der Hisbollah, der Huthis, des Irans und sonstiger Terror-Gruppen zu verteidigen;
3. dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson ist;
4. dass mehr humanitäre Hilfe zu den Menschen im Gazastreifen gelangen muss, die ebenfalls unter dem Terror der Hamas leiden, dabei jedoch eine indirekte Unterstützung der Hamas und anderer Terrororganisationen weiterhin ausgeschlossen sein muss;
5. dass er die diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung und ihrer internationalen Partner um eine Waffenruhe an der libanesisch-israelischen Grenze sowie im Gazastreifen als Beiträge zur Deeskalation in der Region unterstützt;
6. dass eine friedliche und dauerhafte Lösung des Nahost-Konflikts gefunden werden muss, die eine Wahrung israelischer Sicherheitsinteressen beinhaltet;
7. dass Baden-Württemberg und Israel durch eine tiefe Freundschaft verbunden sind, die durch Städtepartnerschaften, Hochschulkooperationen, Schüleraustausche und gemeinsame Gedenkstättenarbeit tagtäglich gelebt wird;
8. dass jüdisches Leben in Baden-Württemberg sich frei entfalten können muss und vor Anfeindungen und Angriffen geschützt wird;
9. dass er sich angesichts des seit dem 7. Oktober 2023 stark angestiegenen Antisemitismus und antisemitischer Vorfälle sehr besorgt zeigt und diese auf das Schärfste verurteilt, unabhängig davon, wodurch sie konkret motiviert sind;
10. dass er jeglichem Versuch einer Rechtfertigung des menschenverachtenden Terrors der Hamas und der iranischen Proxies und einer Täter-Opfer-Umkehr entschieden entgegentritt;
11. dass Unterstützungen und Sympathiebekundungen aus Deutschland für den Terror der Hamas sowie israelfeindliche Aktionen unerträglich sind und rechtliche Konsequenzen haben müssen;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. die Schutzmaßnahmen für jüdisches Leben sowie jüdischer und israelitischer Einrichtungen in Baden-Württemberg zu verstetigen;
2. sich weiterhin beim Bund für ein umfangreiches Maßnahmenpaket gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens einzusetzen;
3. die Arbeit des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus und für das jüdische Leben weiterhin kraftvoll zu unterstützen;
4. die Verbindungen zwischen Baden-Württemberg und Israel beispielsweise in Form von Schüler- und Jugendbegegnungen sowie gemeinsamer Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit weiter zu intensivieren;
5. an unseren Schulen, unseren Universitäten und auf unseren Straßen entschieden gegen Antisemitismus vorzugehen;
6. sich weiterhin dafür einzusetzen, dass der Bund jegliche Form von Werbung für und Unterstützung von Terror und Terrororganisationen wie der Hamas unter Strafe stellt;
7. jede strafbare Unterstützung für den Terror der Hamas und jede andere Form antisemitischer Straftaten mit Polizei und Verfassungsschutz im Rahmen der rechtsstaatlichen Mittel zu bekämpfen;
8. die Bundesregierung darin zu unterstützen, dass die diplomatischen Bemühungen um eine friedliche und dauerhafte Lösung des Nahost-Konfliktes, die eine Wahrung israelischer Sicherheitsinteressen beinhaltet, fortgesetzt werden.

9.10.2024

Schwarz, Andreas
und Fraktion

Hagel, Manuel
und Fraktion

Stoch, Andreas
und Fraktion

Rülke, Dr. Hans-Ulrich
und Fraktion

Begründung

Auch ein Jahr nach dem schrecklichen Angriff der Hamas auf Israel steht Baden-Württemberg und ganz Deutschland an der Seite Israels. Noch immer sind über hundert Menschen Geiseln der Hamas. Der zunehmende Antisemitismus und die Zusprache für die Angriffe auf Israel sind nicht zu ertragen. Die Gesellschaft als Ganzes samt den in ihrem Auftrag agierenden Institutionen ist aufgefordert, jüdisches Leben mit aller Kraft zu schützen und Antisemitismus in jedweder Ausprägung den Nährboden zu entziehen. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben können.